



Protokoll des Einwohnerrats

XII. Legislaturperiode 2016 - 2020

9. Sitzung vom 25. September 2017

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.20 Uhr

Leitung: Pascal Treuthardt (Präsident)

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Manuel Mohler

Verspätet: Daniel Zimmermann (ab 19.40 Uhr)

Präsident:

Pascal Treuthardt

Protokoll:

Linda Weick

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP begrüsst seine Einwohnerratskollegen und -kolleginnen, die Mitglieder des Gemeinderats und die Gäste im Publikum zu seiner ersten Sitzung als Präsident. Vor bald 20 Jahren hat er seine erste Einwohnerratssitzung in Binningen erlebt. Dass es so schnell gehen würde, bis er das Gremium präsidieren darf, hätte er nicht gedacht. Inzwischen gab es viele personelle Wechsel. Die einzige Einwohnerrätin, die der Präsident aus seinen Anfangszeiten kennt und die noch immer im Rat ist, ist Gaida Löhr.

Der Votant bedankt sich ganz herzlich bei den Anwesenden für die Wahl zum Einwohnerratspräsidenten. Dies ist ein mutiger Entscheid. Er hofft, er mache nicht zu viele Fehler. Aber aus Fehlern lernt man bekanntlich und er sei auch zum Lernen da. Er ermutigt die Mitglieder des Einwohnerrats, sich zu melden, falls ihm ein Fehler unterlaufen sollte. Er behält sich aber je nach Situation vor, nicht auf alle Einwände respektive Vorschläge einzugehen. Der Präsident entschuldigt sich bereits im Voraus für mögliche Verwechslungen bei den Namen oder das Übersehen von einzelnen Wortmeldungen während der Debatte. Er hofft die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen sehen ihm das nach. Es sei auf jeden Fall nie persönlich gemeint.

Entschuldigt ist Manuel Mohler, FDP. Daniel Zimmermann, FDP, wird sich etwas verspäten.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen):

Nr. 59, Anfrage R. Bänziger, Grüne: Was geschieht mit dem UBS-Gebäude und wie steht es um die Zukunft der Bauverwaltung?

Nr. 60, Anfrage B. Büschlen, Grüne: Organisation Bauverwaltung

Nr. 61, Anfrage G. Löhr, SP: Hauptstrasse 34/36

Nr. 62, Anfrage G. Löhr, SP: Brandruine an der Kernmattstrasse – wie lange noch?

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 26.06.2017	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2017 Schulraumplanung; Prognose, Kredit für Provisorien und Kauf/Miet-Entscheid Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	57
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 27.06.2017 Kreditabrechnung Schulraumplanung Provisorien Sommer 2016 Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	10
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2017 Liegenschafts-Strategie Zwischenbericht Geschäftskreisführung: Mike Keller	100/XI
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2017 Teilrevision Parkraumreglement Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	183/XI
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2017 Postulat CVP-Fraktion: Easyvote-Abstimmungsbroschüre Geschäftskreisführung: Mike Keller	21
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 08.08.2017 Postulat SP-Fraktion: Mittagstisch für alle Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	28
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.08.2017 Postulat BPK: Doppelspur Spiesshöfli - Binningen darf nicht geteilt werden! Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	39
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 15.08.2017 Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff / Plastiksammelstelle Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	41
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.08.2017 Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	129/X 141/X
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2017 Postulat G. Löhr, SP und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen Geschäftskreisführung: Barbara Jost	44
12. Bericht des Gemeinderats vom 15.08.2017 Interpellation G. Löhr, SP: Café Spiegelfeld Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	42
13. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 26.06.2017

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP stellt fest, dass beim Einwohnerratsbüro keine Änderungsanträge zum Protokoll eingegangen seien.

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 57

Schulraumplanung; Prognose, Kredit für Provisorien und Kauf/Miet-Entscheid

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP ist erfreut, dass dem Einwohnerrat endlich eine längerfristige Prognose zu den Schülerzahlen und dem Schulraumbedarf präsentiert wird. Seine Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat dafür. Zum Bericht gibt es von Seiten der FDP drei Kommentare anzubringen: 1. Der Gemeinderat verzichtete darauf, die Verteilung der Kinder innerhalb des Gemeindegebiets zu analysieren und zu berücksichtigen. Die Länge des Schulwegs ist für Eltern eine relevante Grösse. Die Fraktion würde es begrüßen, wenn dieser Aspekt in Zukunft Eingang in die Planung fände. 2. Das Bundesamt für Statistik rechnet im Bericht «Szenarien für das Bildungssystem 2016-2025» in allen Kantonen und auf allen Stufen mit einem starken Anstieg der Schülerzahlen bis 2025. Der Bericht des Planteams prognostiziert für Binningen bei den Kindergartenkindern ab 2018 einen Rückgang resp. ein Plateau. Für den Votanten stellt sich die Frage, ob die Schlussfolgerung des Planteams realistisch resp. ob die Begründung ausreichend ist. 3. Im Bericht wird nicht erwähnt, wie oft und durch wen der Schulraumbedarf überwacht und die Prognosen überarbeitet werden. Die Fraktion stellt daher den Antrag, dass der Gemeinderat den Schulraumbedarf und die Prognosen jährlich überprüft, revidiert und dem Einwohnerrat berichtet. Der Gemeinderat beantragt Kredite für mehr als 3 Millionen Franken. Der Bericht widmet sich auf ca. vier Seiten den Kosten. Ausgaben in einer solchen Grössenordnung sollten fundiert geprüft werden. Aktuell sieht die FDP keine zeitliche Dringlichkeit für die Kreditanträge. Die Fraktion wird den Antrag 1 zur Kenntnis nehmen und beantragt, die Anträge 2-4 in die Spezialkommission Schulraumplanung zur detaillierten Prüfung zu überweisen. Sollte das Geschäft nicht in die Spezialkommission überwiesen werden, wird die FDP die Anträge 2-4 ablehnen.

Urs Brunner, SVP erläutert, die SVP habe lange darüber diskutiert, ob man das Geschäft mit einer Kreditsumme von mehr als 3 Millionen Franken plus Mietfolgekosten einer Spezialkommission zur weiteren Abklärung übergeben sollte. Aufgrund der erwarteten Schülerprognosen, den vorliegenden Kaufofferten, den Mietkonditionen und der erwarteten Nutzungsdauer kam die Fraktion zum Schluss, den vier Anträgen des Gemeinderats zuzustimmen. Langfristig gesehen fährt Binningen mit der gewählten Lösung, wie sie der Gemeinderat vorschlägt, besser.

Beatrice Büschlen, Grüne dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der Fraktion der Grünen für das Update der Schüler- und Schülerinnenprognosen. Die Prognosen gleichen den kantonalen Zahlen und denen des Bundes. Das Bundesamt für Statistik geht für den Kanton Baselland bis 2020 von einer jährlichen Zunahme der Schüler und Schülerinnen von 1,5 Prozent aus. Allerdings ist in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit notwendigen Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften – sollte man dann soweit kommen –, mit zusätzlicher Bautätigkeit zu rechnen. Man weiss noch nicht, ob und

wie sich das auf die Schüler- und Schülerinnenzahlen auswirken wird. Trotzdem teilen die Grünen die Einschätzung des Gemeinderats bezüglich eines mittleren Szenarios. Die Abweichungen zwischen den drei Szenarien sind nicht so gross wie bei früheren Prognosen. Die Fraktion nimmt die Prognosen und den Schulraumbedarf zur Kenntnis und geht davon aus, dass auch die Schülerinnen in die Zahlen mit eingerechnet wurden. Es wurde nämlich nur von Schülern gesprochen.

Über die Schulraumprovisorien hat man sich schon mehrfach geäußert. Dazu gibt es keine Ergänzungen mehr anzubringen. Die Diskussion für oder gegen den Kauf von Provisorien wurde ebenfalls bereits mehrfach geführt. Die Zahlen sprechen auch in diesem Punkt für sich. Allerdings sieht die Fraktion im grossen Primarschulstandort mit mehr als 500 Schülern und Schülerinnen Nachteile für alle Schulbeteiligten. Nach Abschluss der Schulraumplanung, wenn die Schulhäuser und die Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, sollte man der Verteilung der Schüler und Schülerinnen wieder Rechnung tragen. Die bestehenden Räumlichkeiten könnten dann auch sinnvoll und kostengünstig weitervermietet werden. So dürften die Investitionen langfristig nochmals etwas günstiger werden. Die Grünen stimmen dem Kredit zu und bewilligen den Kauf des Provisoriums am Birkenweg. Über einen baldigen Rückbau des Provisoriums beim Meiriacker ist die Fraktion nicht traurig. Das Provisorium steht aus ihrer Sicht sowieso etwas quer in der Landschaft.

Philippe Spitz, SP bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die gut nachvollziehbare Vorlage, die die wesentlichen Überlegungen und Aspekte aufzeigt, namentlich auch unabdingbare langfristige Planungszahlen, welche den Containerkaufentscheiden vorausgehen müssen. Die SP ist bereit, den Anträgen des Gemeinderats zu folgen. Der Bericht zeigt schön, dass die Sichtung der Geburtenzahlen nur eine von verschiedenen Prognosedaten ist. Eine Prognose bleibt eine Prognose mit Unsicherheiten. Trotzdem muss der Gemeinderat planen. Also: Mühlematt - Kauf und Meiriacker - kein Kauf. Container sind Provisorien, auch wenn sie von Schülern und Lehrkräften zum Teil offenbar sehr geschätzt werden. In Binningen sind sie inzwischen zu «Providurien» geworden. Es sieht aus, als würde die reiche Gemeinde Binningen in einem Kernbereich versagen. In Allschwil wurde das Schulhaus Gartenhof bereits 2013 in einer Volksabstimmung mit grossem Mehr beschlossen. Binningen steht diesbezüglich noch nirgends. Es kann nicht sein, dass eine Gemeinde wie Binningen den Kindern – also unserer Zukunft – auf Dauer Provisorien oder «Providurien» zumutet. Das «Providurien-Regime» darf die Neubauplanung nicht verzögern. Die Neubauten haben Priorität. Das Schülerwachstum, in den Unterlagen auf Seite 5/6 eindrücklich aufgezeigt, ist nachhaltig. Das Container-Regime kann die Neubauplanung und Erstellung bestenfalls flankieren, darf sie aber nicht ersetzen. Die SP sieht keine dringende resp. keine gut begründete Notwendigkeit, das Geschäft in die Spezialkommission Schulraumplanung zu überweisen. Sie wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Andrea Alt, CVP führt aus, die vorliegende Aufstellung zeige, womit in den nächsten Jahren zu rechnen sei. Die CVP freut sich, dass nun ohne Zeitdruck weitergeplant werden kann. Die Fraktion nimmt vom Antrag 1 Kenntnis und wird den Anträgen 2-4 zustimmen. Es sind hohe Geldbeträge, aber angesichts der Entwicklung machen ein Kauf des Provisoriums am Birkenweg respektive die Miete des Provisoriums beim Meiriacker-Schulhaus durchaus Sinn.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP nimmt gerne Stellung zu den gehörten Voten. Grundsätzlich ist der Gemeinderat und nicht der Primarschulrat oder die Schulleitung für die Schulraumplanung zuständig. Der Votant ist seit 2012 zuständiger Gemeinderat für den Bereich Bildung. Seither ist er darum besorgt, dass immer genügend Schulraum zur Verfügung steht. Den Vorwurf, dass «Providurien» erstellt werden, kann er nicht stehen lassen. Der Gemeinderat beantragte dem Einwohnerrat im Jahr 2013/2014 die Errichtung eines Schulhauses am Standort Wassergrabenstrasse und informierte über die Kosten. Der Einwohnerrat bevorzugte damals eine erneute Diskussion der Standortfrage. Im Oktober 2017 wird nun ein Neubauprojekt für ein Schulhaus am Standort Dorf präsentiert. Das Projekt muss anschliessend noch in einer Volksabstimmung gutgeheissen werden. Der Gemeinderat ist seit Jahren mit Hochdruck daran, die Schulraumplanung voranzubringen. Es war ein Entscheid des Parlaments, Provisorien aufzustellen

um die Fragen im Zusammenhang mit der Schulraumplanung zu klären. In der Vorlage wird klar aufgezeigt, was wo zu tun ist. Der Votant verweist auf die im Einwohnerrat behandelten Geschäfte zur Schulraumplanung seit 2012. Darin sind ähnliche Informationen enthalten. Im vorliegenden Geschäft wurden die Informationen für die Parlamentsmitglieder der neuen Legislaturperiode nochmals zusammengefasst, damit alle auf dem aktuellen Stand sind.

Der zuständige Gemeinderat erklärt, Binningen habe keine einzelnen Sektoren, in welchen die Kinder den Schulhäusern zugewiesen werden. Im Vergleich zu anderen Gemeinden wird das ganze Gemeindegebiet für den Schulweg ausgeschieden. Man versucht, die Schulwege möglichst kurz zu halten. Die Einteilung der Schüler und Schülerinnen ist jedes Jahr eine herausfordernde Aufgabe. In der Studie der Firma PlanteamS wurden verschiedene Faktoren berücksichtigt. Das hat man bereits in der Vergangenheit so gemacht, es wurde einfach nicht jedes Jahr berichtet. Für eine quartierspezifische Analyse müsste zusätzlicher Aufwand betrieben werden ohne Garantie, dass sich die Einteilungssituation dadurch verbessern würde. Der Gemeinderat würde lieber den Aufwand bei der Einteilung, z.B. mit einer Softwareunterstützung, steigern.

Die Schülerzahlen der Gemeinde Binningen steigen seit 2012 um 45 Prozent. Binningen liegt somit deutlich über den Wachstumsprognosen auf kantonaler resp. auf Bundesebene. Selbst wenn die Schülerzahlen ab 2022 etwas zurückgehen, ist der Gesamtzuwachs seit 2000 enorm. Der Gemeinderat und das externe Büro analysieren die für das Wachstum entscheidenden Faktoren sehr genau. Es handelt sich aber um eine Prognose. Diese ist für die nächsten 6 Jahre relativ genau, da man weiss wie viele Kinder in Binningen geboren wurden. Eine Prognose kann sich aber schnell ändern (z.B. wenn die Gemeinde plötzlich nicht mehr so begehrt ist). Der Gemeinderat setzt sich für die Sicherung einer möglichst hohen Schulqualität ein. Zudem gibt es eine familienergänzende Betreuung, die sehr geschätzt wird.

Bezüglich des zusätzlichen Immobilienbedarfs verweist der Votant auf die ebenfalls heute traktandierete Liegenschaftsstrategie. Der Gemeinderat ist an der Aufgleisung einer Immobilienstrategie. In diesem Zusammenhang wird die langfristige Entwicklung der Gemeinde angeschaut, die auch den Zuwachs der Schülerzahlen beinhaltet. Die momentane Situation ist durch schnell wachsende Einwohner- und Kinderzahlen sowie politische Entscheide und Planungen bedingt, die Zeit benötigen. Zum Schluss weist der Gemeinderat darauf hin, dass sich die in der Vorlage erwähnten Preise bei einer Überweisung in eine Spezialkommission ändern könnten. Die Offerte wurde per 1.1.2018 erstellt. Der späteste Termin für einen Kaufentscheid ist der 1.6.2018. Dann laufen die zwei Jahre ab, die ausgehandelt wurden.

ABSTIMMUNG

Überweisung in Spezko: 11 JA / 28 NEIN / keine Enthaltungen

Präsident Pascal Treuthardt, FDP lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen: «Der Gemeinderat überprüft jährlich den Schulraumbedarf, revidiert die Prognosen und berichtet an den Einwohnerrat.»

Antrag FDP: Einstimmig JA

Antrag 1 des Gemeinderats: Kenntnisnahme

Anträge 2–4 des Gemeinderats: 31 JA / 8 NEIN

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt von der Schülerprognose und dem Schulraumbedarf bis 2027 Kenntnis.

://: 2. Der Gemeinderat überprüft jährlich den Schulraumbedarf, revidiert die Prognosen und berichtet an den Einwohnerrat.

- ://: 3. Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Aufstockung (2.OG) des Provisoriums am Birkenweg in der Höhe von CHF 600 000 (inkl. MWSt von 8.0%) mit einer Kostengenauigkeit von +/-10% und Mietfolgekosten von jährlich CHF 235 000.
- ://: 4. Für den Kauf des Provisoriums am Birkenweg (EG und 1.OG) wird ein Kredit über CHF 2 450 000 (inkl. MWSt von 8.0%) bewilligt.
- ://: 5. Auf den Kauf des Provisoriums beim Meiriackerschulhaus wird verzichtet.

Traktandum 3

Nr. 10

Kreditabrechnung Schulraumplanung Provisorien Sommer 2016

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP teilt mit, die SP-Fraktion stimme der Abrechnung des ursprünglichen Baukredits zusammen mit dem bewilligten Nachtragskredit zu und freue sich über die Minderkosten. Gemäss Bericht kommen jedoch höhere Rückbaukosten auf die Gemeinde zu, die die Minderkosten mehr als aufheben.

Andrea Alt, CVP signalisiert, die CVP werde der Abrechnung des Baukredits für die Errichtung der beiden Provisorien zustimmen. Sie findet es löblich, dass nun Minderkosten von 7,2 Prozent vorliegen. Diese Minderkosten beruhen allerdings vor allem auf Einsparungen beim Mobiliar. Wurden die Kosten zu hoch eingeschätzt oder müssen die Lehrpersonen nun mit einem Minimum auskommen?

Beatrice Büschlen, Grüne ist der Meinung, alles Wesentliche über dieses Geschäft sei bereits gesagt worden. Die Fraktion nimmt die Abrechnung zur Kenntnis und genehmigt sie.

Stephan Meyer, FDP äussert, das Geschäft sei an der Einwohnerratssitzung im Juni behandelt und eingehend diskutiert worden. Die FDP findet es richtig und sinnvoll, die Abrechnung des Baukredits zu genehmigen und unterstützt den Antrag des Gemeinderats.

Beatrix Bürgin, SVP erwähnt, auch die SVP werde der Kreditabrechnung zustimmen.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP ist nicht bekannt, dass es grosse Einsparungen beim Mobiliar der Schule gegeben hat. Allen Nutzern wurde das benötigte Mobiliar zur Verfügung gestellt.

ABSTIMMUNG

Einstimmig JA

BESCHLUSS

-
- ://: Die Abrechnung des Baukredites für die Errichtung von Provisorien an den Schulstandorten Meiriacker und Mühlematt mit Gesamtkosten von CHF 1'318'273.77 und Minderkosten von CHF 101'726.23 (-7.2%) gegenüber dem bewilligten Kredit (inkl. Nachtragskredit) wird genehmigt.

Liegenschafts-Strategie Zwischenbericht

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Philippe Spitz, SP bedankt sich bei der Verwaltung für die Vorlage des Berichts. Es ist allerdings ein Zwischenbericht. Warum ein Zwischenbericht? Dem Votanten erschliesst sich, dass der Zwischenbericht eigentlich nur abgeliefert wurde, weil der Einwohnerrat im Juni 2016 beschlossen hat, dass ihm bis Mitte 2017 ein Zwischenbericht vorgelegt werden soll. Der vorgelegte Zwischenbericht ist aus seiner Sicht eine etwas blumige, nicht völlig unsympathische aber wortreiche Ausrede dafür, dass man immer noch keinen Zwischenbericht erstellt hat. Ergänzt ist der Bericht, etwas zugespitzt formuliert, um durchaus interessante, intelligent klingende Floskeln aus einem BWL-Handbuch. Der Redner merkt an, dass der Zwischenbericht eine wesentliche Forderung nicht respektive noch nicht erfüllt, die der Einwohnerrat an der Sitzung vom 20. Juni 2016 formulierte. Es wurde damals beschlossen, es solle eine Auflistung der realen oder geschätzten Mieteinnahmen von Liegenschaften der Einwohnergemeinde geben. Zudem sei aufzuführen, in welchen Liegenschaften die Einwohnergemeinde für welche Aufgaben und in welcher Höhe Miete entrichte. Der Einbezug solcher Überlegungen ist für jedes Liegenschaftsportfolio wertvoll. Es wird klar, dass die Einwohnergemeinde – und in diesem Fall der Gemeinderat, der für sie handelt – in diesem Bereich mindestens teilweise lange zu wenig resp. nichts gemacht hat. Stichwort: sanierungsbedürftige Liegenschaften.

Die Entgegennahme des Zwischenberichts ist für den Redner eine reine Verzögerungsmeldung. Nun dauert es einfach zwei anstelle eines Jahres. Daraus darf sich aber kein Einredeausschluss ergeben. Der Gemeinderat darf dem Einwohnerrat später nicht sagen, dies sei Teil des Zwischenberichts gewesen, damit dürfe man nun nicht mehr kommen. Die Fraktion ist gespannt auf den Bericht. Sie sagt deshalb nicht «weiter so», sondern «kommt es bald». Für den Votanten ist es wichtig, dass im Bericht keine verkappten Devestitionsstrategien eingefügt werden. Im Liegenschaftsbericht 2016 (auf Seite 25) waren nicht weniger als neun geplante Verkäufe aufgelistet. Stichwort: «Tafelsilber-Verkauf». Es darf nach diesen langen Verzögerungen kein plötzliches Faktenschaffen geben. Die SP behaftet den Gemeinderat auf die Zusicherung, dass Liegenschaftsgeschäfte dem Einwohnerrat vorgelegt werden, unabhängig von ihrer Höhe. Der Gemeindepräsident muss ein gewisses Vertrauen zurückgewinnen und den Tatbeweis mit dem Bericht liefern. Der Vorschlag das Geschäft nach der Erstellung direkt in die BPK zu überweisen, überzeugt den Redner nicht. Es erschliesst sich ihm nicht, wieso dem Einwohnerrat bei einer solch wichtigen Vorlage eine Kenntnisnahme und Debatte im Rat verwehrt werden soll. Danach kann eine Überweisung in die BPK immer noch beschlossen werden. Die Zeit dafür sollte man sich nehmen. Bei all den kritischen Worten darf nicht vergessen werden, dass ein sorgfältiges und nachhaltiges Vorgehen gut ist.

Daniel Zimmermann, FDP möchte sich seinem Vorredner anschliessen. Für ihn ist das vorliegende Geschäft kein Zwischenbericht. Es ist ein akademisches Vorlesungspapier, das aus einem Handbuch zum Thema Management, Portfolio- resp. Liegenschaftsverwaltung stammt. Die Mitglieder des Einwohnerrats sollten die vom Gemeinderat vorgelegten Vorlagen verstehen. Er hat die Unterlagen einige Male gelesen und nichts verstanden. Als BPK-Präsident wäre er sehr froh um eine vorgängige Beratung des Geschäfts im Einwohnerrat. Er hofft, dass er aufgrund der Voten anschliessend etwas mehr verstehen wird. In diesem Sinn wird der Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. Einer Direktüberweisung in die BPK stimmt die FDP nicht zu. Zuerst soll eine grundlegende Beratung des Parlaments zu diesem sehr wichtigen Geschäft unter Berücksichtigung der bereits gefassten Beschlüsse des Einwohnerrats stattfinden. Erst danach kann entschieden werden, ob eine Kommissionsberatung nötig ist.

Karl J. Heim, CVP erläutert, die Meinung der CVP-Fraktion decke sich in vielen Punkten mit derjenigen der SP. Die einzelnen Schritte zur Formulierung der neu als Immobilienstrategie bezeichneten Projektstruktur für die räumliche Entwicklung Binningens sind plausibel und sinnvoll dargestellt. Der Titel «Gesamtstrategie zur räumlichen Entwicklung von Binningen» kommt allerdings redaktionell etwas hochtrabend daher. Nach dem Empfinden der CVP fehlt eine vertiefte Risikoanalyse. Zudem bezweifelt die Fraktion, dass die Arbeiten an der neuen Strategie tatsächlich Ende 2017 abgeschlossen sein werden. Sie wehrt sich aber vor allem gegen eine direkte Überweisung des Geschäfts in die BPK. Der Votant empfindet dies als handstreichartiges Vorgehen. Er ist der Meinung, der Gemeinderat solle spätestens im April 2018 seinen Bericht zur neuen Strategie an den Einwohnerrat zur Beratung übermitteln.

Urs Brunner, SVP äussert, seine Fraktion habe den Bericht zur Kenntnis genommen. Zum jetzigen Zeitpunkt spricht sich die SVP gegen eine Überweisung in die BPK aus. Sie möchte zuerst das Gesamtergebnis im 1. Quartal 2018 abwarten. Dann soll der Einwohnerrat eine Neubeurteilung vornehmen.

Beatrice Büschlen, Grüne gesteht, auch die Grünen haben den Zwischenbericht mit Spannung erwartet. Die beiden ständigen Ratskommissionen haben viele Anregungen und Vorschläge eingebracht, im vorliegenden Zwischenbericht sieht man allerdings nicht mehr viel davon. Es fehlen konkrete Massnahmen für die Handlungsfelder der ersten Priorität. Mit dem Zwischenbericht sollte der aktuelle Stand der Weiterbearbeitung der Liegenschaftsstrategie aufgezeigt werden. Der Gemeinderat beginnt aber wieder von vorne, indem er sich eine strategische Vorgehensweise überlegt und diese in die räumliche Entwicklung einbettet. So wird es in der schematischen Darstellung im Bericht aufgezeigt. Die Grünen gratulieren dem Gemeinderat für die Erkenntnis, dass ein Liegenschaftsportfolio ganzheitlich angeschaut werden muss, um eine nachhaltige Wirkung zu entfalten. Das hat die Fraktion bereits 2015 gefordert.

Für die Grünen ergeben sich bei der Nachhaltigkeit resp. der Zukunftsfähigkeit der Organisationsübersicht einige Fragezeichen. Sie sind sich sicher, dass jeder Anwesende etwas anderes unter der vorgelegten Gesamtstrategie versteht und andere Vorstellungen hat, wo und wie eine Immobilienstrategie eingebettet sein sollte. Zur räumlichen Entwicklung gehört auch und insbesondere die Gesellschaft. In den Immobilien leben und arbeiten Menschen. Wenn man es nachhaltig zu Ende denkt, müsste der Raum- und Bodenbedarf der Gemeinde Binningen für gesellschaftliche Entwicklungen erhöht werden. Es müssten allenfalls Häuser und Land dazu gekauft werden. Für Überlegungen mit dem bestehenden Immobilienportfolio bräuchte es eine Nutzungsplanung. In diesem Punkt ist der Erarbeitungsstand tief. Die Grünen bedauern, dass konkrete Aussagen zum Immobilienmanagement fehlen. Wie steht es bei den vorhandenen Immobilien um Rentabilität, Notwendigkeit, jetzige Nutzung und Sanierungsbedarf? Wie sieht die Immobilienbuchhaltung aus? Die Logik der Strategie erschliesst sich der Fraktion aus den vorliegenden vier Seiten nicht. Je nachdem ob man von der Darstellungsüberschrift oder der untersten Kachel – spricht der Immobiliennutzungsplanung – ausgeht, ergeben sich andere Fragen.

Aus diesen Gründen kommt eine Direktüberweisung für die Grünen zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage. Zuerst müssen die Grundlagen auf dem Tisch liegen. Dann wird sich der Einwohnerrat darüber unterhalten, ob die Richtung, die gewählte Strategieform und der zeitliche Ablauf für Binningen stimmen. Anschliessend können entsprechende Aufträge zuhanden einer Kommission erteilt werden. Die Terminplanung erscheint sehr ehrgeizig. Die Fraktion ist sich nicht sicher, ob die bestehende Personalorganisation und die benötigten Personalressourcen wirklich genügen. Die Grünen bitten den Gemeinderat, dies in einem nächsten Schritt zusätzlich aufzuzeigen. Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weiss die kritischen Worte des Parlaments zu schätzen. Die Diskussion resp. die Voten der einzelnen Fraktionen sind alle richtig. Das zeigt, wie komplex das Ganze ist. Der Gemeinderat hat im vorliegenden Bericht versucht aufzuzeigen, wie er das Gesamtthema in der neuen Legislatur aufgenommen hat. Auf der einen Seite stehen die Voten, die vom Einwohnerrat zum letzten Bericht beschlossen und zuhanden des Gemeinderats beauftragt wurden. Auf der anderen Seite gibt es das Legislaturprogramm des Gemeinderats, welches zuoberst die Nachhaltigkeit und als einen massge-

benden Punkt das Leitbild Binningens ausweist. Der Gemeinderat ist zur Überzeugung gekommen, dass das Thema der Liegenschaften der Gemeinde nicht isoliert und einzeln betrachtet werden kann. Es muss eine Betrachtung im Gesamtkontext stattfinden. Aufgrund der ersten Berichtsdiskussion im Parlament stellte man fest, dass sehr wichtige Punkte und vor allem auch politische Entscheidungen gefordert sind, die der Gemeinderat aufbereiten muss.

Mittlerweile ist aus dem Thema eine sehr umfassende Dokumentation entstanden. Sämtliche Liegenschaften in Binningen wurden frisch eingeschätzt. Es liegen zu jeder Liegenschaft detaillierte Pläne vor, wie es der Liegenschaft geht, welchen Wert sie hat und welche Massnahmen in den nächsten Jahren zu unternehmen wären, wenn man die Liegenschaft erhalten möchte. Zudem wurden zu sämtlichen Liegenschaften folgende Fragen beantwortet: Was ist der Bedarf an diesen Liegenschaften? Wo gibt es Handlungsoptionen? Wo sieht der Gemeinderat entsprechende Lücken? Die Dokumentation hat inzwischen einen Papierumfang von 2,5 Bundesordnern. Der Gemeinderat ist mit Hochdruck daran, das Ganze mit der Verwaltung zusammen voranzutreiben. Mit dem Bericht wollte man nicht den geschuldeten Zwischenbericht abliefern, sondern aufzeigen, was bisher gemacht wurde und was noch geliefert wird.

Der Vorschlag, das Dossier in einem ersten Schritt in die Kommission zu überweisen, verfolgt einen ähnlichen Gedanken wie beim Budget oder der Rechnung. Die Fachkommission besteht aus Personen, die sich vertieft mit dem Thema Bauen und Liegenschaften in Binningen auseinandergesetzt haben. In diesem Kreis ist es einfacher, die Gesamtdokumentation zu präsentieren, zu diskutieren und anschliessend mit den entsprechenden Voten und Überlegungen in den Rat zu kommen. Der Gemeindepräsident hat sich notiert, dass dieses Vorgehen nicht gewünscht wird. Es ist die Aufgabe des Gemeinderats, diesem Wunsch nachzukommen und sich zu überlegen, wie aus der umfangreichen Dokumentation eine verständliche Zusammenfassung für sämtliche Ratsmitglieder erstellt werden kann. So können die politischen Voten in einer Eintretensdebatte im Rat abgegeben werden, um das Ganze anschliessend in einer detaillierten und umfangreichen Kommissionsarbeit zu vertiefen.

ABSTIMMUNG

Antrag 1: Kenntnisnahme

Antrag 2: 38 NEIN / 1 Enthaltung

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Zwischenbericht.

://: 2. Der Einwohnerrat lehnt eine direkte Überweisung der «Immobilien-Strategie» in die Bau- und Planungskommission im ersten Quartal 2018 ab.

Traktandum 5

Nr. 183/XI

Teilrevision Parkraumreglement

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP dankt der Verwaltung und der zuständigen Gemeinderätin Caroline Rietschi für die Überarbeitung des Parkraumreglements. Die SP begrüsst die Reduktion der jährlichen Gebühr von 120

auf 60 Franken. Sie ist einverstanden, dass mit der Gebühr nur noch die Aufwendungen für die reine Bewirtschaftung des Parkraums gedeckt und der bauliche und betriebliche Unterhalt der Strassen und des Parkraums davon ausgenommen werden. Der Fraktion gefällt die Lösung, dass für Firmenfahrzeuge von Binninger Betrieben im Sinn einer Gleichbehandlung die gleiche Gebühr wie für Anwohner erhoben werden soll. Sie begrüsst, dass als Entgegenkommen für die Firmen der Bezug einer unbegrenzten Anzahl Karten für Firmenfahrzeuge möglich sein wird und dass für die Angestellten die Kontingentlösung fallen gelassen wurde. Mit der Umstellung auf eine jährliche Gebühr und der Neuausstellung der Karten wurde eine gute Lösung gefunden, um die Berechtigungen zu prüfen. Bei der überarbeiteten Fassung der Teilrevision des Parkraumreglements sind die Empfehlungen der BPK aufgenommen und soweit möglich und sinnvoll umgesetzt worden. Es ist nun richtig und wichtig, dem Reglement zuzustimmen und es endlich umzusetzen. Weitere Korrekturen erachtet sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht für nötig.

Karl J. Heim, CVP informiert, die CVP-Fraktion sei in diesem Geschäft gespalten. Ein Teil der Fraktion vertritt die Auffassung, das Reglement könne mit dieser Teilrevision beschlossen werden. Es war schliesslich bereits in der BPK und eine erneute Kommissionsberatung würde nicht viel Neues zu Tage bringen. Zudem gibt es kritische Stimmen in der Bevölkerung, die sich eine baldige Einführung des Reglements wünschen. Ein anderer Teil der Fraktion – zu welcher sich auch der Sprechende zählt – findet, ein sofortiger Beschluss der Teilrevision wäre überstürzt und verantwortungslos. Aus Gewerbekreisen sind wichtige, ungeklärte Fragen an den Einwohnerrat herangetragen worden. Der Votant gibt zu bedenken, dass Geschäftsinhaber von den Auswirkungen einer Bewirtschaftung direkt betroffen wären. Es geht dabei insbesondere um den Aufwand der Gemeindeangestellten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung. Die Gewerbevertreter vermuten, dass die Kosten gar nicht so hoch wären. Infolgedessen würde sich aus ihrer Sicht eine Senkung von diversen Gebühren aufdrängen. Ein Teil der Fraktion möchte das Reglement daher nochmals in die BPK überweisen, damit die Anliegen des Gewerbes geprüft und zuhanden des Einwohnerrats in die Vorlage einbaut werden können.

Sven Inäbnit, FDP hat zur Kenntnis genommen, dass von den Empfehlungen der BPK einiges Eingang in das Reglement gefunden hat. Einige Sachen wurden aufgenommen, gewisse Dinge wurden beantwortet, aber teilweise wurden die Punkte auch einfach relativiert. Es ist beispielsweise nach wie vor nicht belegt, wie gross der Parkplatzdruck tatsächlich ist. Er ist etwas erstaunt, dass man auf Rückmeldungen der Bevölkerung hört, ohne diese substantiieren oder quantifizieren zu können. Wenn es bei anderen Dingen auch so einfach wäre, dann hätte er noch einige Ideen, bei welchen ihm Reklamationen vorliegen. Das reicht nicht, um zu sagen, man sei in Eile. Die FDP ist der Meinung, es liege eine gute Grundlage vor. Der Votant muss aber gleichzeitig relativieren, dass die Fraktion nicht geschlossen hinter der Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung stehe. Man ist aber bereit, auf das Geschäft einzutreten und an der Vorlage weiterzuarbeiten.

Für die FDP stellen sich eine Reihe von Detailfragen: Macht eine 4-Stunden-Parkkarte tatsächlich Sinn? Ist das Bedürfnis da? In welchem Verhältnis steht es zum Aufwand? Zudem gibt es Fragen zum «Catch a Car»-System. Dem Votanten sind Reklamationen von Anwohnern zu Ohren gekommen, «Catch a Car»-Autos würden fünf Tage vor ihren Häusern stehen – nicht bewirtschaftet. Ist die Gebührenhöhe für dieses Konzept adäquat im Vergleich zu den Preisen für die Einwohner? Es stellen sich auch generelle Fragen zur Gebührenhöhe. Reinach verfügt nach wie vor über eine kostenlose Bewirtschaftung ihrer Parkplätze. Es wurde das Argument geäussert, der entstehende Aufwand solle durch die Gebühren abgedeckt werden. Der Votant vermutet – etwas provokativ formuliert –, dass es in Binningen mehr Familien mit einem Auto als Familien mit Kindern gebe. Die Anzahl Fahrzeuge ist mit 6769 wesentlich höher als die Anzahl Schulkinder. Alle Einwohner in Binningen zahlen Steuern, unter anderem auch für die schulpflichtigen Kinder. Ob im vorliegenden Bereich eine komplette Überwälzung der Gebühren stattfinden muss oder ob ein Teil über die Steuereinnahmen abgedeckt werden kann, ist aus Sicht des Redners fragwürdig. Weiter gibt es Fragen zum Bezug der Karte. Die Fraktion hätte Ideen, wie man den Bezug für Familien mit mehreren Fahrzeugen anders lösen könnte. Zudem sind nicht alle Punkte der Vorlage im Reglement geregelt, gewisse stehen in der Verordnung. Die Fraktion möchte, dass einige Sachen in die

Verordnung aufgenommen und dort fixiert werden. Der Verwaltungsaufwand sollte ebenfalls diskutieren werden.

Der Votant stellt zusammenfassend fest, es gebe etliche Punkte, die gegen eine Kommissionberatung heute Abend sprechen. Die FDP stellt den Antrag, das Geschäft zur Detailberatung in die BPK zu überweisen. Für diese Verzögerung wird die Bevölkerung Verständnis haben, wenn man anschliessend eine Lösung präsentieren kann, die eine breite Zustimmung findet und für alle in der Gemeinde sinnvoll ist.

Karin Glaser, Grüne möchte der zuständigen Gemeinderätin Caroline Rietschi und der BPK für die geleistete Arbeit danken. Das Reglement macht einen übersichtlichen und klaren Eindruck. Die Grünen sind sehr zufrieden. Die prioritären Anliegen wurden alle umgesetzt und auch die Preise stimmen. Für die Fraktion ist es in Ordnung, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Binninger Gewerbes ebenfalls eine Karte beziehen können zu einem etwas höheren Preis als die Anwohner. Es ist nur fair, wenn die Karte flächendeckend für ganz Binningen eingeführt wird, insbesondere da es an den Hügeln Binningens mehr Einwohner und Einwohnerinnen mit einem Auto gibt. Wer sich ein Auto leisten kann, der kann sich auch eine Parkkarte leisten. Man sollte zudem beim Kanton anfragen, ob die Parkkarten auch an der Hauptstrasse eingesetzt werden können. Es wäre unschön, wenn die dortigen Anwohner zum Parkieren auf die Nebenstrassen ausweichen müssten. Die Grünen werden dem Parkraumreglement zustimmen. Möglicherweise muss das Reglement nach ein bis zwei Jahren nochmals überprüft werden. Aber einen Versuch ist es auf jeden Fall wert.

Urs Weber, SVP teilt mit, die SVP sei zu ähnlichen Überlegungen gekommen wie der Fraktionssprecher der FDP. Gewisse Punkte müssen nochmals angeschaut und diskutiert werden. Die SVP wird dem Antrag der FDP folgen und das Reglement in die Bau- und Planungskommission überweisen.

Gaida Löhr, SP merkt an, Dürrenmatt habe einmal eine Komödie über Kommissionen und Subkommissionen geschrieben und wie man so das Gelingen eines grossen Wurfs verhindern könne. Das Parkraumreglement war in der BPK. Es war auch bereits im Einwohnerrat. Das Ganze ist eine etwas längere Geschichte. Von überstürzt zu reden, erscheint ihr gewagt. Sie würde eher von einem schleppenden Vorgehen sprechen. Die Frage, wie gross der Aufwand für die Verwaltung sein wird, bedarf keiner Kommissionsberatung. Die Verwaltung wird Erfahrungen sammeln. Nach einem Jahr kann man eine Evaluation vornehmen und die Gebühren können – falls sinnvoll – angepasst werden. Gleiches gilt für die 4-Stunden-Parkkarte. Sollte sie nicht nachgefragt werden, kann das Angebot sehr schnell wieder einstellen werden. Eine Kommission kann darüber stundenlang diskutieren. Solange man keinen Versuch gewagt hat, ist es eine theoretische Diskussion und bringt nichts. Die Gebührenhöhe ist ein Politikum, das der Einwohnerrat als Ganzes entscheiden muss. Die Fragen gehören entweder in den Rat oder es müssen zuerst Erfahrungen gesammelt werden. Die SP sieht keinen Grund für eine Kommissionsberatung.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte zuerst etwas zur grundsätzlichen Notwendigkeit der Einführung einer Parkraumbewirtschaftung sagen. Eingangs des Geschäfts werden zwei vom Einwohnerrat überwiesene Motionen erwähnt, die eine Einführung der Parkraumbewirtschaftung fordern. Die Parkraumbewirtschaftung ist damit das Ergebnis dieser Motionen. In der räumlichen Entwicklungsstrategie von 2006 wurde zudem festgehalten, dass der Parkraum bewirtschaftet werden soll. Das Ganze ist damit auch auf einer übergeordneten Ebene relativ stark verankert.

Die zuständige Gemeinderätin erklärt, man habe keine Statistik über die eingegangenen Reklamationen geführt. Es sind jedoch zahlreiche. Falls das Reglement eine Ehrenrunde drehen muss, was sie nicht hofft, wäre es ihr ein Vergnügen, eine Statistik über die Reklamationen zu führen. Sie ist der Meinung, man sollte das Anliegen ernst nehmen und die Parkraumbewirtschaftung einführen, auch aus Respekt vor den Einwohner und Einwohnerinnen, die in den betroffenen Gebieten wohnen. Man legt damit niemandem Hand- oder Fussfesseln an. Es geht darum, dass man den bestehenden Parkraum vernünftig bewirtschaftet, damit die Personen, die einen Parkplatz suchen auch einen finden und die, die kein An-

recht auf einen Parkplatz haben, keinen besetzen. Die Gemeinderätin spricht sich gegen eine Überweisung in eine Kommission aus. Die BPK konnte bereits ausführlich Stellung nehmen zum Parkraumreglement. Die Anliegen wurden so weit möglich aufgenommen und die Empfehlungen, die nicht berücksichtigt werden konnten, wurden beantwortet.

Bezüglich der 4-Stunden-Parkkarte schliesst sie sich dem Votum von Gaida Löhr an. Wenn der Bedarf nicht vorhanden ist, ist die Karte schnell wieder weg. Der Gemeinderat schlägt die Karte vor, da er der Meinung ist, sie erfülle ein Bedürfnis. Zumal die Tagesparkkarte neu nicht mehr 24 Stunden, sondern nur noch bis abends um 19 Uhr gültig ist. Die 4-Stunden-Parkkarte ist eine Ergänzung dazu. Im Gesamtbetrag ist es dann genauso günstig wie die heutige Lösung. Die Gebührenhöhe wurde ebenfalls moniert. In diesem Punkt kam der Gemeinderat dem Einwohnerrat deutlich entgegen. Der ganze bauliche Unterhalt soll nicht mehr durch die Gebühren abgegolten werden. Es stimmt zudem nicht, dass Reinach über eine kostenlose Parkraumbewirtschaftung verfügt. In Reinach werden gewisse Quartiere bewirtschaftet. Dort ist es kostenpflichtig.

Zu «Catch a Car» - und das gilt generell für Carsharing-Firmen – gibt es Studien der ETH. Carsharing-Firmen entlasten den Parkraum. «Catch a Car» hat aktuell im Schnitt acht Fahrzeuge auf dem Gemeindegebiet stationiert. Dies kann man mit der App kontrollieren. Basierend darauf wird die Gebühr verrechnet. Das Modell ist sehr beliebt, wie man regelmässig feststellen kann. Dass die Fahrzeuge etwas lang am gleichen Ort parkiert waren, hat der Gemeinderat moniert. In die Verordnung wurde daher auch aufgenommen, dass die Fahrzeuge max. 5 Tage am gleichen Ort stehen dürfen. Bezüglich der Finanzierung erklärt die zuständige Gemeinderätin, dass auch andere Gebühren komplett nach dem Verursacherprinzip in der Vollkostenrechnung erhoben werden. Sie hat bis auf heute keine Voten gehört, weshalb man die 60 Franken nicht verrechnen kann. Da das Reglement mit vielen Annahmen verbunden ist, kann sich der Gemeinderat eine Evaluation nach 2-3 Jahren vorstellen. Dann könnte man die Gebühr nochmals anschauen und aufgrund der effektiv ausgegebenen Parkkarten berechnen.

Marc Schinzel, FDP hat das Argument, es sei ein ewiges Geschäft und langsam reif für eine Detailberatung im Rat, gehört. Er vergleicht das Argument mit der Situation, wenn man längere Zeit hinter einem Fahrzeug herfährt. Irgendwann findet man, es reiche. Nun sei der richtige Zeitpunkt zum Überholen. So geht es aber nicht. Der Votant nimmt die Meldungen aus der Einwohnerschaft ernst. Er kann diese aber heute Abend nicht beurteilen. Es liegt kein Abstimmungsergebnis vor, wie sich die Einwohner der Gemeinde Binningen äussern würden. Für eine Beratung wäre eine Mehrheit nötig. Zum jetzigen Zeitpunkt geht es um das vorliegende Geschäft. Der Einwohnerrat muss den Reglementsentswurf qualitativ beurteilen. Wenn die Qualität nicht genügt, muss das Geschäft in die Kommission überwiesen werden.

Beatrice Büschlen, Grüne entgegnet, die Fragen von Sven Inäbnit seien bereits in der BPK und auch im Einwohnerrat diskutiert worden. Man kann die Fragen natürlich nochmals in der Kommission beraten und wäre danach möglicherweise immer noch nicht zufrieden. Das Spiel könnte ewig fortgeführt werden. Es ist eine ausgewogene und klare Vorlage. Das Reglement ist kurz und übersichtlich. Die Votantin sieht nicht, welche neuen Fragen es zu beantworten gäbe. Man kann das Geschäft aber natürlich zeitlich solange verzögern bis die Sharing-Firmen überhandgenommen haben und man kein eigenes Auto mehr braucht. Dann erübrigt sich das Reglement.

Daniel Zimmermann, FDP betont, die BPK habe sich in ihrem ersten Bericht – zur ersten Version der Teilrevision – nie über Zahlen geäussert. Die Funktionsweise, das System und die Berechnungsmodalitäten wurden damals auf den Tisch gelegt. Anschliessend hat man dem Gemeinderat den Antrag gestellt, die Vorlage mit Nutzen, Nachvollziehbarkeit und einigen zusätzlichen Ergänzungen zu überarbeiten. Ein grosser Teil der Anträge und Empfehlungen wurden aufgenommen. Dafür bedankt er sich beim Gemeinderat. Nun enthält die Vorlage Zahlen. Diese Zahlen, die einmaligen und die wiederkehrenden Kosten, sollten kritisch hinterfragt werden. Er geht davon aus, dass in der Vorlage Zahlen enthalten sind, von welchen die Mitglieder des Einwohnerrats zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt können, ob sie

richtig oder falsch sind. Es entspricht nicht dem Vorgehen eines professionellen Parlaments, das Reglement zuerst einzuführen und die Kosten bei einem Überschuss wieder anzupassen. Der Redner plädiert für eine Überweisung in eine Kommission zur Klärung der Fragen.

Sven Inäbnit, FDP dankt der zuständigen Gemeinderätin für ihre Replik auf einige der erwähnten Punkte. Die Argumentation, es seien angeblich noch Motionen offen, die man weiterführen müsse, gefällt ihm nicht. Die Parkraumbewirtschaftung wurde 2008 eingeführt. Die erwähnten Motionen sind älter. Es kann aus seiner Sicht nicht sein, dass man noch 9 Jahre später mit diesen Motionen argumentiert. Die sind erledigt und abgeschrieben. Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich um eine neue Vorlage. Die Vorlage, die in der BPK war, wurde offiziell zurückgewiesen. Nun startete man neu und deshalb ist es für ihn klar, dass ein derart grosses Geschäft in eine Kommission überwiesen werden sollte.

Ralph Büchelin, SP findet, das Parkraumreglement sei eine sehr komplexe Sache. Es wurde viel Arbeit in die Vorlage investiert. Eine Rückweisung würde den Prozess nochmals verzögern. Man würde wieder hin und her diskutieren. Man sollte das Reglement einführen und ausprobieren. Er beantragt deshalb eine probeweise Einführung für ein Jahr.

Philippe Spitz, SP fragt sich, wieso man nicht den umgekehrten Weg wählt. Was sich nicht bewährt, kann immer noch gestrichen werden. Der Gemeinderat kann dies allenfalls sogar auf einem schnellen Weg über die Anpassung der Verordnung machen. So werden die Anwohner und Anwohnerinnen, die den Parkplatzdruck tatsächlich spüren, ernst genommen. Auch die BPK hat über diesen Druck debattiert. Er besteht, aber nicht jeder spürt ihn. Viele haben eine eigene Garage. Er hat von der Gegenseite bisher keinen «Deal-Breaker» gehört, der die Einführung des Reglements verunmöglichen würde. Es wurde über die 5-Franken-Karte philosophiert. Wenn die nicht benötigt wird, dann wird sie halt nicht benötigt. Bei den Gebühren wäre Binningen moderat im Vergleich zu anderen an Basel angrenzenden Gemeinden. Das Regime wäre auch eine gewisse Solidarität z.B. Allschwil gegenüber, die es ebenfalls eingeführt haben. Binningen wäre erst noch günstiger. Die SP ist weiterhin für den Beschluss der Teilrevision. Man kann in einem späteren Schritt immer noch Kleinkorrekturen vornehmen.

Rahel Bänziger, Grüne hält fest, dass keine neue Vorlage vorliege. Es ist nicht einmal eine Totalrevision, sondern nur eine Teilrevision. Sie bedankt sich an dieser Stelle für die hilfreichen Synopsen. Es ist ersichtlich, dass sich zwischen der ersten und der zweiten Fassung nicht so viele Punkte geändert haben. Eine Gebührendiskussion muss nicht in der BPK geführt werden. Sie wird das Gefühl nicht los, es gehe vor allem um die Höhe der Gebühren. Das ist ein politischer Entscheid, der vom Einwohnerrat getroffen werden muss. Eine Runde über die BPK hat bereits stattgefunden und die Vorschläge der Kommission wurden beinahe vollumfänglich aufgenommen. Sie schlägt vor, das Reglement einzuführen und anschliessend zu evaluieren. Dann gibt es möglicherweise wieder einmal eine Teilrevision.

Roman Oberli, SVP teilt mit, dass seine Fraktion die Anliegen der Anwohner natürlich ernst nehme. Aber das vorliegende Geschäft ist aus seiner Sicht keine Teilrevision eines Parkraumreglements, sondern ein «rot-grünes Gebührenmonster». Die Forderung der Anwohner nach einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung sollte nicht damit beantwortet werden, dass man den Autofahrern unverhältnismässig viel Geld abnimmt.

Peter Heiz, FDP zitiert Shakespeare, der sagte: «Ende gut, alles gut». Leider ist man noch nicht soweit. Der Verlauf der Debatte zeigt, wie viele offene Fragen es noch gibt. Die FDP nimmt die Interessen des Gewerbes wahr. Diese Interessen sind für die Fraktion sehr wichtig. Er spricht sich daher für eine Überweisung in die BPK aus.

Karl J. Heim, CVP entgegnet auf das Votum von Rahel Bänziger, die BPK beschliesse nichts. Die Erkenntnisse, die sich durch eine Beratung des Reglements in der BPK ergeben, werden anschliessend vom Einwohnerrat nochmals geprüft. Wenn der Einwohnerrat die Anliegen und Fragen des Gewerbes nicht

ernst nimmt und beachtet, dann ist Binningen bald eine schlafende Vorstadt von Basel. Aus seiner Sicht muss nochmals eine detaillierte Kommissionsberatung stattfinden.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP möchte auf die Motionen zurückkommen. Es stimmt nicht, dass diese erledigt sind. Die Motion der CVP-Fraktion beauftragte den Gemeinderat, eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung gibt es heute nicht. Genau das soll mit der Vorlage erreicht werden.

Gaida Löhr, SP hat die Bezeichnung «Gebührenmonster» etwas verwirrt. Ursprünglich war die Rede von 120 Franken pro Jahr, nun sind es 60 Franken. Das sind 5 Franken im Monat. Wenn man sein Auto im Parkhaus an der Heuwaage parkiert, ist das Geld für einen ganzen Monat in zwei Stunden ausgegeben. Von einem Gebührenmonster zu reden, findet sie gewagt. Es scheint vor allem um die Gebühren zu gehen. Das bleibt ein Politikum. Grundsätzlich wurde das Reglement vor ca. 10 Jahren eingeführt, um mit den Gebühren eine gewisse Lenkung zu bewirken. Man wollte nicht mehr so viele Pendler, die in Binningen parkieren. Die Votantin wohnt im Tal. Die Einführung des Parkraumreglements hat dort durchaus Wirkung gezeigt. Inzwischen weichen Parkplatzsuchende auf die Hänge aus. Es ging an und für sich darum, mit möglichst moderaten Kosten zu verhindern, dass die Parkplätze im Tal und an den Hängen nicht resp. nicht mehr verfügbar sind. Es ist eine politische Diskussion, das kann die BPK nicht entscheiden. Es bringt dem Einwohnerrat wenig, wenn die BPK das Geschäft noch dreimal berät. Danach wird es wieder die gleichen Diskussionen im Rat geben.

Karin Glaser, Grüne würde interessieren, wie die Anliegen des Gewerbes an die Mitglieder des Einwohnerrats herangetragen wurden. Der Gewerbeverband Binningen-Bottmingen hat nicht kommuniziert, dass ihn das Reglement in irgendeiner Art stören würde. Sollte man auf eine Parkkarte verzichten oder die Einführung einer sehr günstigen Karte gutheissen, wünscht sie den Anwohnern und Anwohnerinnen ohne eigenen Parkplatz viel Vergnügen. In diesem Fall wird der Pendlerstrom vom Elsass und vom ganzen Leimental über Binningen gehen. Diese Pendler parkieren ihre Fahrzeuge dann kostenlos in Binningen und steigen auf den ÖV um.

Daniel Zimmermann, FDP greift das Votum, es handle sich schlussendlich nur um eine Gebührendiskussion, auf. Das ist nicht ganz unwahr. Das Finanzierungsmodell basiert auf wiederkehrenden Ausgaben, die sich mit der Hochrechnung der verkauften Karten in einem Nullsummenspiel aufwiegen. Er möchte, dass die Kosten von immerhin einer viertel Million Franken nochmal im Detail angeschaut werden, damit der Einwohnerrat die Sicherheit erhält, dass man den Bürgern und Bürgerinnen Binningens nicht zu viel Geld aus der Tasche zieht. Die BPK hat die Nachbargemeinde Allschwil an eine ihrer Sitzung eingeladen. In Allschwil wurde die gleiche Diskussion geführt. Letztlich führte es dazu, dass eine starke Opposition eine Volksabstimmung provozierte. Das ganze Reglement wurde abgelehnt. Er erinnert daran, dass das Reglement nicht direkt in Kraft tritt, wenn sich der Einwohnerrat geeinigt hat. Der Votant möchte die Äusserungen des Gewerbes zum vorliegenden Geschäft nicht unterschätzen.

Roman Oberli, SVP wundert es nicht, dass man in Basel-Stadt deutlich mehr für das Parkieren in einem Parkhaus bezahlt. Notabene ist Basel-Stadt eine Hochburg der SP. Er findet sehr wohl, dass es sich bei der Vorlage um ein Gebührenmonster handelt. In einzelnen Bereichen liegt eine Erhöhung um 800 Prozent vor. Dazu kommen weitere, wiederkehrende Kosten. Müssen diese ausschliesslich im Verursacherprinzip abgegolten werden? In anderen Bereichen wird auf Solidarität gepocht. So wird beispielsweise der öffentliche Verkehr von allen Steuerzahlern mitfinanziert. Er fragt sich, weshalb in diesem Fall nicht auch ein kleiner Teil der Kosten von allen Steuerzahlern getragen werden kann.

Thomas Häfele, FDP meint, die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung sei unbestritten. Trotzdem hat er etwas Mühe mit dem Votum, man könne Gebühren einführen und sie anschliessend immer noch abschaffen oder ändern. Während des ersten Weltkriegs sind die Einnahmen des Bundes eingebrochen, da die Erträge der Handelszölle nicht mehr generiert wurden. Man hat temporär eine Wehr- und Kriegs-

gewinnsteuer und 1918 schliesslich die permanente Bundessteuer eingeführt. Diese gibt es heute noch. Wenn der Einwohnerrat ein Reglement mit einer gewissen Gebühr beschliesst, glaubt der Redner nicht, dass diese Gebühr mittel- bis langfristig wieder reduziert wird resp. wieder reduzieren werden kann.

Marc Schinzel, FDP wendet sich an die Vertreter der SP. Sie haben betont, wie wichtig es sei, dass man die Anliegen der Bevölkerung berücksichtigt. Dazu gehört das Binninger Gewerbe, das noch einigen Diskussionsbedarf sieht. Es geht nicht nur um die Gebühren, sondern unter anderem auch um den Bewirtschaftungsaufwand. Was muss nach dem Verursacherprinzip abgegolten werden und was nicht (z.B. Polizeikontrollen)? Zudem geht es um die einfache Beschaffung der Karte. Stichwort: Internet. Das sind wichtige Anliegen des Gewerbes. Diese muss man nochmals diskutieren. Zurzeit liegt eine Vorlage vor, in der einige Punkte aufgenommen wurden. Nach einer erneuten Kommissionsberatung hätte man eine zweite, etwas abgeänderte Vorlage und könnte die Vorschläge der beiden Vorlagen im Rat ausmehren und die Details beschliessen. Deswegen macht eine erneute Kommissionsberatung durchaus Sinn.

Rahel Bänziger, Grüne ist der Ansicht, Karl J. Heim habe sie falsch verstanden. Die BPK trifft selbstverständlich keine Entscheidung. Die politische Diskussion über die Gebühren muss im Einwohnerrat stattfinden, wo auch die Entscheide getroffen werden. Natürlich darf der Einwohnerrat das Reglement diskutieren. Man ist schliesslich seit fast 40 Minuten daran. Die Votantin fügt an, sie würde eine Detailabrechnung nach zwei Jahren begrüssen. Man sollte das Reglement einführen und hätte nach zwei Jahren realitätsnahe Zahlen. Alles was die BPK zum jetzigen Zeitpunkt machen kann, wäre ein Rechnen mit fiktiven Zahlen. In zwei Jahren kann man sich anschauen, ob die Kosten gedeckt sind, ob man die Gebühren erhöhen muss oder ob man sie senken kann. Dafür braucht es aber einen Realitätscheck.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Gemeinderat habe eine Gebühr von 60 Franken vorgeschlagen basierend auf den Aufwendungen, welche für die Bewirtschaftung entstehen. Dafür wurden Erfahrungswerte anderer Gemeinden und die Erfahrungen aus der bisherigen Bewirtschaftung herangezogen. Der Gemeinderat ging von 3000 verkauften Anwohnerparkkarten aus. Die Schätzung gestaltet sich aber schwierig, da viele Personen einen eigenen Parkplatz haben. Daran würde aber auch eine Beratung in der BPK nichts ändern. Man könnte allenfalls von 3500 oder 4000 Parkkarten ausgehen. Dann würde sich die Gebühr etwas reduzieren. Es würde aber nichts daran ändern, dass man die Gebühr nach 1 oder 2 Jahren, wenn man die effektiven Kosten kennt, nochmals prüfen müsste. Die Gemeinde muss zwangsläufig mit gewissen Annahmen operieren, da man heute keine flächendeckende Bewirtschaftung hat. Es sind zurzeit mehr Parkkarten im Umlauf, als Fahrzeuge in Binningen eingelöst sind. Die zuständige Gemeinderätin möchte nicht wissen, wer den Parkraum in Binningen noch nutzt und schon lange keine Steuern mehr in Binningen bezahlt.

Christoph Maier, FDP ist aufgefallen, dass als Argument mehrmals eine offenbar noch hängige Motion der CVP erwähnt wurde, die eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung forderte. Auf der Webseite der Gemeinde Binningen findet er keine derartige, hängige Motion. Nun gibt es zwei Möglichkeiten, entweder die Informationen auf der Homepage sind unvollständig oder die Information der zuständigen Gemeinderätin ist nicht richtig. Er fragt sich, welche Möglichkeit zutrifft.

Philippe Spitz, SP freut sich, dass Thomas Häfele im Steuerseminar aufgepasst hat. Es hat nämlich gezeigt, dass die damals eingeführte Wehrsteuer die heutige direkte Bundessteuer ist. Die Warenumsatzsteuer war auch eine solche Trauergeschichte bis man sie in die Mehrwertsteuer umgelagert hat. Beides waren Provisorien, sind heute aber unbestritten. Er sieht den Kern des Arguments daher nicht. Das vorliegende Geschäft ist eine Lenkungsvorlage. Es geht nicht darum, möglichst viel Geld zu generieren. Es war auch einmal als HÜP-Vorlage geplant auf Begehren der anderen Ratsseite. Er hat noch von keiner Gemeinde gehört, die ein Parkregime wieder abgeschafft hat. Abschliessend fügt der Votant an, er rede auch als Autofahrer, habe aber eine eigene Garage.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP antwortet auf die Frage von Christoph Maier, dass mit dem erwähnten Vorstoss eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung verlangt wurde. Dies hat Binningen noch nicht. Daher ist die Motion zumindest inhaltlich noch nicht erledigt.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP lässt über die Überweisung in die BPK abstimmen.

ABSTIMMUNG

Überweisung in die BPK: 21 JA / 18 NEIN

BESCHLUSS

::: Die Teilrevision des Parkraumreglements wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 6

Nr. 21

Postulat CVP-Fraktion: Easyvote-Abstimmungsbroschüre

::: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP findet es erfreulich, dass der Gemeinderat den Versand der Easyvote-Abstimmungsbroschüre wieder einführen möchte. Es gibt wenige Daten zur Stimmbeteiligung von jungen Wählern, da die Daten in der Schweiz nicht einheitlich erhoben werden. Easyvote hat in einer Studie einen Vergleich zwischen den Städten Luzern und St. Gallen vorgenommen. Die Studie zeigte, dass Luzern mit Easyvote eine deutlich höhere Stimmbeteiligung der jungen Wähler erreichte als St. Gallen ohne Easyvote. Der Votant beantragt, dass der Versand an die 18- bis 21-jährigen stimmberechtigten Personen erfolgt. Es gibt zwar auch diesbezüglich wenig Zahlen. Es zeigt sich aber, dass die Neuwähler mit 18/19 Jahren eher wählen gehen, da sie noch frisch motiviert sind. Ab 21 Jahren flacht das Interesse ab. Da gilt es anzusetzen. Der Votant betont, es handle sich dabei um seine persönliche Meinung. Die SVP-Fraktion ist gespalten und hat Stimmfreigabe beschlossen.

Patricia Bräutigam, CVP begrüsst die vom Gemeinderat vorgeschlagene Wiedereinführung des Easyvote-Abstimmungsbüchleins. Die Kosten erachtet sie als sinnvolle Investition. Die Förderung des politischen Interesses und der politischen Beteiligung der jungen Wähler ist der Fraktion ein grosses Anliegen. Die CVP wird dem Antrag von Roman Oberli folgen, den Versand auf die 18- bis 21-jährigen stimmberechtigten Personen zu erweitern.

Manuela Eichenberger, Grüne erklärt, die Grünen seien mässig begeistert von der Easyvote-Broschüre. Aus ihrer Sicht ist es nicht das Medium, welches die 18- bis 21-jährigen anspricht. Die Votantin hat selbst Kinder und spricht daher aus Erfahrung. Die Jugendlichen funktionieren nicht mehr über das Papier, sie bewegen sich auf anderen Medien. Sie findet es schade, dass man wieder die Variante des Büchleins einführt und nicht eine zeitgemässe und auf die Zielgruppe zugeschnittene Lösung ausgearbeitet hat. Das Büchlein ist aber immer noch besser als gar nichts. In diesem Sinn stimmen die Grünen der Einführung zu. Die Votantin hofft, man beobachte die Situation und biete in Zukunft allenfalls ergänzend dazu ein zusätzliches Angebot an. Das ist zwar ein anspruchsvoller Wunsch, wird aus ihrer Sicht aber im Interesse der Jugendlichen sein, denn das Büchlein landet viel zu oft ungelesen im Altpapier.

Thomas Häfele, FDP signalisiert, seine Fraktion unterstütze das Postulat der CVP-Fraktion zur Wiedereinführung des Versands der Easyvote-Abstimmungsbroschüre an die jungen Einwohner Binningens. Die FDP hätte es, um sich ein Bild davon zu machen, begrüsst, wenn ihr vorgängig je ein gedrucktes Probeexemplar zur Verfügung gestellt worden wäre. Der Votant regt an, bei Versand eine Abmeldekarte beizulegen. Falls der Empfänger kein Interesse an der Broschüre hat, könnten so Kosten gespart und die Umwelt geschont werden. Falls in Zukunft sämtliche kantonale Wahlen und Abstimmungsvorlagen durch die App abgedeckt werden, sollte ein Verzicht des Papierversands wieder geprüft werden. Die FDP-Fraktion wird der Anträgen 1-3 des Gemeinderats zustimmen.

Patrizia Aebi, SP zeigt sich erfreut über die Wiedereinführung der Easyvote-Abstimmungsbroschüre. Bei der Diskussion im Rahmen der Überweisung des Postulats wurde darum gebeten, auch andere Medien in Betracht zu ziehen. Die Fraktion findet es schade, dass auf diese Anregung nicht eingegangen wurde. Die SP stimmt dem Antrag von Roman Oberli und den restlichen Anträgen des Gemeinderats zu.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP teilt mit, der Gemeinderat sei sich einig, dass es sich bei Easyvote um eine gute Sache handle. Zumindest ist es ein erneuter Versuch wert, durch die Massnahme das jüngste Abstimmungs- und Wahlpublikum vermehrt an die Urne zu holen. Natürlich hätte der Gemeinderat in der heutigen Zeit gerne eine elektronische App-Lösung für alle Möglichkeiten angeboten. Diese ist aber im Augenblick noch nicht verfügbar. Der Gemeindepräsident ist überzeugt, dass das Aufrechterhalten der Nachfrage nach einer solchen Lösung ein Anstoss für die Entwickler sein kann. Er fand den Wunsch spannend, man hätte dem Geschäft ein Muster der Broschüre beilegen können. Das zeigt ihm, dass sich die hier anwesende Generation noch nicht gewohnt ist, eine solche App rasch auf dem Mobiltelefon zu suchen. Es ist sehr spannend, sich die App einmal anzuschauen. Es gibt ganz unterschiedliche Anwendungen. Die einen spricht das an, die anderen weniger. Es ist keine Lösung bei der man die Garantie hat, dass wirklich alle 18- bis 21-Jährigen erreicht werden. Es ist aber ein Ansatz.

Roman Oberli, SVP zeigt sich durch sein Engagement in der Jungpartei ein anderes Bild als von Manuela Eichenberger gezeichnet. Easyvote wird sehr geschätzt. Es wurde nachgefragt, wieso Binningen Easyvote nicht einsetze. Die Einführung der Broschüre ist ein wichtiger Schritt. Die jungen Stimmberechtigten erhalten eine einfache Erklärung der immer komplexeren Vorlagen. Es gibt heute eine elektronische Lösung. Alleine auf diese App zu kommen, erscheint dem Votanten aber schwieriger als eine direkte Zusendung der Unterlagen in Papierform. In der Broschüre gibt es einen Hinweis auf die App und auch die Stimmberechtigten ab 21 Jahren können sich via App über die Vorlagen informieren.

Thomas Häfele, FDP hat sich die von Gemeindepräsident Mike Keller erwähnte App heruntergeladen und die Webseite besucht. Heute Abend wird aber nicht über die Einführung einer App, sondern über die gedruckte Broschüre abgestimmt. Den Votanten hätte interessiert, wie die Broschüre daher kommt. Ist es eine schwarz-weiss Broschüre, die hauptsächlich aus Texten besteht? Oder handelt es sich um eine Hochglanzbroschüre mit vielen Bildern und Illustrationen?

ABSTIMMUNG

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP lässt über den Antrag von Roman Oberli abstimmen: «Die Zustellung der Easyvote-Abstimmungsbroschüre wird per 01.01.2018 wieder eingeführt (an die 18- bis 21-jährigen stimmberechtigten Personen).».

Versand an 18- bis 21-Jährigen: grossmehrheitlich JA

Auf Rückfrage des Einwohnerratspräsidenten stellt Roman Oberli auch einen Änderungsantrag zum Antrag 2 des Gemeinderats: «Die wiederkehrenden Kosten von 3600 Franken/jährlich sind im Budget 2018 und ff. aufzunehmen.».

Aufnahme von 3600 Franken/jährlich im Budget 2018 und ff.: grossmehrheitlich JA
Anträge 1-3 (unter Berücksichtigung der Änderungsanträge): grossmehrheitlich JA

BESCHLUSS

- ://: 1. Die Zustellung der Easyvote-Abstimmungsbroschüre wird per 01.01.2018 wieder eingeführt (an die 18- bis 21-jährigen stimmberechtigten Personen).
 - ://: 2. Die wiederkehrenden Kosten von 3600 Franken/jährlich sind im Budget 2018 und ff. aufzunehmen.
 - ://: 3. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
-

Christoph Maier, FDP möchte zuhänden des Protokolls festhalten, dass die Zahlen, welche vom Wahlbüro bekannt gegeben wurden, nicht stimmen. Darauf kann man später zurückkommen, wenn es um die Einführung einer Abstimmungsanlage geht.

Traktandum 7

Nr. 28

Postulat SP-Fraktion: Mittagstisch für alle

- ://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.
-

GESCHÄFTSBERATUNG

Gaida Löhr, SP teilt mit, der Gemeinderat habe die Warteliste für den Mittagstisch abgebaut. Dafür ist sie dankbar. Sie unterstützt die Lösung im Jugendhaus für die Kinder des Schulhauses Dorf und die Lösung im Mühlematt-Schulhaus. Im Postulat wurde aber kein Abbau der Wartelisten gefordert. Gefordert war ein Mittagstisch für alle.

Den Schichtbetrieb im Meiriacker findet die Fraktion fragwürdig. Ein Mittagstisch ist nicht nur eine Nahrungsaufnahme in möglichst kurzer Zeit. Es geht auch darum, die Kinder über Mittag zu betreuen. Zum Mittagstisch gehört neben dem Essen auch der Austausch. Jede Familie, bei welcher die Kinder über Mittag nach Hause kommen, weiss wie gross das Mitteilungsbedürfnis der Kinder ist. Dazu gehört eine gemeinsame Aktivität, wie Tischdecken und Abräumen. Es gehört aber sicherlich nicht dazu, dass man innerhalb von 45 Minuten den Tisch deckt, sich unterhält, isst, abräumt und dann sofort die nächste Gruppe betreut. Für die zweite Gruppe wird das Essen dann 45 Minuten warm gehalten und die Kinder dürfen sofort nach der Mahlzeit wieder zurück in den Unterricht. Das entspricht nicht ihrer Vorstellung eines Mittagstischs. Ihre eigenen Kinder sind nicht mehr in diesem Alter. Es würde sie unter diesen Umständen aber reuen, für ihre zwei Kinder 50 Franken pro Mittagessen zu bezahlen. Das entspricht ungefähr den Kosten einer Parkkarte für ein Jahr, die man nicht bezahlen möchte.

Die Rednerin findet es beruhigend, dass man plant, den Mittagstisch beim Meiriacker auszubauen. Dieser Plan wird vielleicht irgendwann umgesetzt. Aber vorläufig ist die Lösung nicht befriedigend. Der Mittagstisch ist eine Erfolgsgeschichte. Es ist schön, wenn mehr Kinder an den Mittagstisch gehen und dort sinnvoll gefördert werden. Die Gemeinde versucht dies nun eher wieder zunichtezumachen. Zur Veranschaulichung skizziert die Rednerin den Ablauf der Anmeldungen. Am Donnerstag vor den Frühlingsferien erhielten die Eltern das Anmeldeformular. Wenn man in die Ferien ging, musste man innerhalb eines Tages den Stempel des Arbeitgebers für die Anmeldung einholen. Das ist aus Sicht der Votantin keine

förderliche Massnahme. Es war nicht die Idee ihres Postulats, dass man versucht, weniger Kinder an den Mittagstischen zu haben. Daher ist das vorliegende Geschäft keine Erfüllung des Postulats. Die SP wird den Vorstoss nicht abschreiben.

Andrea Alt, CVP äussert, ihre Fraktion werde einer Abschreibung ebenfalls nicht zustimmen. Die CVP begrüsst es, dass an den Standorten mit der grössten Nachfrage kurzfristig Lösungen gefunden werden konnten. Aber eine Doppelschicht, wie sie von ihrer Vorrednerin beschrieben wurde, ist keine befriedigende Lösung. Bei schlechtem Wetter und bei kalten Temperaturen müssen genügend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Votantin kann es auf Dauer nicht sein, dass berufstätige Eltern gegenüber Eltern auf Stellensuche, die flexibel reagieren müssen, prioritär behandelt werden. Eine Zunahme um 25 Prozent im letzten Schuljahr zeigt deutlich, dass kurz- bis mittelfristig noch mehr Plätze zur Verfügung stehen müssen. Die Fraktion ist gespannt auf die Erkenntnisse der Arbeitsgruppe Schulleitung und Verwaltung. Das Postulat ist für sie alles andere als erledigt.

Marc Merian, FDP begrüsst namens seiner Fraktion die vom Gemeinderat durchgeführten Massnahmen zur Sicherstellung von ausreichend Betreuungsplätzen an den Mittagstischen. Die FDP unterstützt den Beschluss, die Kinder prioritär aufzunehmen, deren Eltern aus beruflichen Gründen auf einen Mittagstisch angewiesen sind. Es entspricht der ursprünglichen Idee des Mittagstischs, Eltern zu unterstützen, die aus beruflichen Gründen über Mittag nicht zu Hause sein können. Die steigenden Belegungszahlen bestätigen das zunehmende Bedürfnis der Eltern, ihre Kinder über Mittag in einer schulischen Betreuung zu wissen. Nur so lassen sich für viele Elternpaare ein gleichberechtigter beruflicher Werdegang und eine Familie vereinbaren.

Andere Länder sind mit ihren Schulsystemen den heutigen Ansprüchen der Eltern deutlich näher. Dort befinden sich die Kinder täglich bis 15 Uhr im schulischen Unterricht. In vielen Ländern wird den Kindern von den Eltern morgens ein Mittagessen mitgegeben. Würde man in Binningen einen betreuten Mittagstisch anbieten, in welchem die Kinder ihr eigenes Mittagessen von zu Hause mitbringen, könnte man nicht nur die Kosten für die Gemeinde reduzieren, sondern auch viele Probleme mit Nahrungsmittelallergien und Unverträglichkeiten einfach lösen. Die Eltern wären nämlich selbst für die Ernährung ihrer Kinder verantwortlich. Dem Parlament blieben Diskussionen um ethnische und ideologische Essensgewohnheiten an den Mittagstischen erspart. Mit den eingesparten Ressourcen könnte der betreute Mittagstisch weiter ausgebaut werden. Der Redner erinnert daran, dass der Mittagstisch durch die Einnahmen der Elternbeiträge nicht kostendeckend ist. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und das Postulat abschreiben.

Beatrix Rheiner, FDP möchte als Mutter von drei Töchtern im Primarschulalter zu bedenken geben, dass kein Kind in diesem Alter eine Stunde am Tisch sitzen bleiben kann. Die Kinder haben in einer halben Stunde gut gegessen. Danach können sie sich auf dem Pausenplatz bewegen. Kinder sind nicht aus Zucker. Sie können sich auch bei schlechtem Wetter draussen beschäftigen. Aus diesen Gründen begrüsst die Rednerin den Schichtbetrieb. Die grösseren und kleineren Kinder sind dadurch etwas getrennt und kommen auch auf dem Pausenplatz, der im Meiriacker nicht sehr gross ist, gut aneinander vorbei.

Karin Glaser, Grüne erläutert, ihre Fraktion werde den Vorstoss nicht abschreiben. Für die Grünen stellen sich einige Fragen. Wieso werden berufstätige Eltern priorisiert? Eltern, die beispielsweise auf Stellensuche sind, hätten vielleicht auch gerne einen Mittagstischplatz für ihre Kinder. Zudem ist der Rednerin aufgefallen, dass sich dieses Jahr ein Kind auf der Warteliste beim Pestalozzi-Schulhaus befindet. Wieso ist dieses Kind auf der Warteliste? Sind beide Elternteile berufstätig oder hat das Kind noch keinen Platz, da es gemäss den Priorisierungskriterien keinen zwingenden Anspruch darauf hat?

Die Fraktion hat mit Befremden festgestellt, dass die Kinder, die zurzeit aufgrund des Wasserschadens vom Neusatz- ins Spiegelfeld-Schulhaus zum Mittagstisch gehen, mit einem Bus dorthin gefahren werden. Die Kinder haben zwei Beine und könnten den Weg gut zu Fuss absolvieren. Das machen sie auch,

wenn sie zum Schwimmunterricht gehen. Sie würden sich dadurch beim Hin- und Rückweg bewegen. Die Votantin vermutet, dass die Kinder begleitet werden müssten. Sie weiss nicht, ob es günstiger ist, einen Bus zu beauftragen oder die Kinder von 2 Betreuungspersonen vom Mittagstisch abholen zu lassen. Es ist ihr auch nicht bekannt, ob die Möglichkeit eines Mittagstischs im Alterszentrum Schlossacker oder im Kirchgemeindezentrum abgeklärt wurde. Die Grünen werden das Postulat nicht abschreiben.

Simone Abt, SP plädiert dafür, das Postulat nicht abzuschreiben, da zweifellos noch Ausbaubedarf bestehe. Zurzeit gibt es nicht genügend Mittagstischplätze. Insbesondere wenn man sich nochmals zu Gemüte führt, dass ein Teil der Eltern auf private Mittagstische ausweichen musste. Dies hatte auch mit der Essensqualität zu tun, welche sich inzwischen wieder verbessert hat. Diese Kinder sind immer noch nicht alle zurück. Den Zweischichtbetrieb fände die Rednerin bedenklich. Sie ist damit einverstanden, dass eine halbe Stunde für das Mittagessen reicht. Das Spielen müsste aber nachher und nicht vorher stattfinden. Mitgebrachtes Essen fände sie auch in Ordnung, wenn damit zusätzliche Plätze geschaffen werden könnten. Aber momentan kann der Vorstoss noch nicht abgeschrieben werden. Die Votantin kommt auf die Priorisierung von berufstätigen Eltern zu sprechen. Zum einen können die nicht arbeitstätigen Eltern keinen Gebrauch vom Mittagstisch machen. Zum anderen müssen berufstätige Eltern etliche Unterlagen vorlegen (Arbeitgeberbescheinigung, Stempel des Arbeitgebers), als würde es um Sozialleistungen gehen. Der Mittagstisch ist aber keine Sozialleistung. Es ist ein Angebot, bei welchem man für einen relativ hohen Betrag ein Mittagessen für seine Kinder einkaufen kann. Man sollte ein gutes und genügendes Angebot anbieten, denn es zahlen auch alle genug dafür.

Gaida Löhr, SP möchte nochmals auf die Frage eingehen, ob nur berufstätige Mütter ihre Kinder an den Mittagstisch schicken dürfen. Es gibt Frauen, die z.B. ihre Eltern betreuen. Das ist im Interesse der Allgemeinheit, sonst müsste die Betreuung von jemand anderem übernommen werden. Es gibt Arbeitslose, die eine Stelle suchen. Auch hier ist es im Interesse der Allgemeinheit, dass die Personen Zeit haben, sich wann immer nötig vorzustellen. Es gibt aber auch Kinder, die an den Mittagstisch möchten. Soll man diese Kinder diskriminieren, da ihre Mütter nicht arbeiten? Die Rednerin fände es nicht lustig, wenn ein Kind nach Hause kommen und die Mutter fragen würde, wieso sie nicht arbeite, denn dann dürfte das Kind auch an den Mittagstisch gehen. Es entsteht eine seltsame Stimmung, wenn man festlegt, diese Kinder dürfen und diese nicht. Niemand muss, aber der Mittagstisch soll für alle offen sein. In einer Familie wird das Mittagessen wahrscheinlich relativ häufig innerhalb von 30 Minuten eingenommen. Es gehört aber auch ein zwischenmenschlicher Austausch dazu. Je mehr Personen an einem Tisch sitzen, desto mehr Zeit benötigt das. Die Votantin ist nicht der Meinung, Kinder seien aus Zucker. Sie sollen nach dem Essen draussen spielen, aber sie sollen auch den Raum erhalten, gewisse Dinge loszuwerden. Nach 4 Stunden Unterricht haben die Kinder das Recht, relativ zügig ihr Essen zu erhalten. Ob das jeden Tag ein mitgebrachtes Sandwich sein soll, ist eine andere Frage.

Barbara Fankhauser, SVP äussert, die SVP folge dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat abzuschreiben. Ergänzend dazu möchte sie noch ein persönliches Statement als Mutter abgeben. Als Eltern hat man gewisse Verpflichtungen und kann nicht alles auf die Gemeinde, den Staat und die Schule abwälzen. Es wurden Lösungen gesucht. Lösungen, die im Moment allen helfen. Das heisst nicht, dass es keine anderen Lösungen gibt. Sie appelliert aber eindringlich an alle Eltern, ihre Verantwortung wahrzunehmen. Die Votantin versteht nicht, wie man Kinder in die Welt setzen und sie dann abschieben kann.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP erklärt, dass die Kinder am Mittagstisch von sozialpädagogisch ausgebildetem Personal betreut werden. Es lädt die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen gerne dazu ein, einmal einen Mittagstisch zu besuchen. Die Interessierten können sich gerne bei der Gemeinde melden. Er selbst hat bereits alle Mittagstische besucht und einen guten Eindruck gewonnen. Es läuft sehr geordnet und gesittet ab. Der Schichtbetrieb ist eine Massnahme, die man relativ schnell umsetzen und bisher ohne grosse Reklamationen durchführen konnte. Zurzeit gibt es eine Arbeitsgruppe, die die Situation beobachtet. Der Gemeinderat ist an der Ausarbeitung eines Einwohnerratsgeschäfts zum Vollausbau des Standorts Meiriacker, um damit die Provisorien aufzulösen. Die Mittagstischsituation wird in

diesem Geschäft integriert sein. Falls der Einwohnerrat keinen Zweischichtbetrieb möchte, dann muss an diesem Standort einfach mehr Gebäudevolumen zur Verfügung gestellt und entsprechend mehr Geld gesprochen werden. Momentan benutzen die Kinder die Mittagstischflächen, die Aula, die Turnhalle und den Pausenplatz. Mehr Raum gibt es an diesem Standort nicht. Es liegt in der Hand des Einwohnerrats, wie dieser Mittagstisch in Zukunft geführt wird. Der Gemeinderat versucht sein Bestes, um die Nachfrage zu decken.

Aufgrund der Wartelisten musste eine Priorisierung eingeführt werden. Das heisst aber nicht, dass Kinder ausgeschlossen werden. Wenn es keine Wartelisten gibt, wird auch niemand ausgeschlossen. Aus dem Stegreif weiss der Votant nicht, wieso beim Pestalozzi-Schulhaus noch ein Kind auf der Warteliste steht. Es kann aber sein, dass sich die im Geschäft dargestellte Momentaufnahme inzwischen bereits geändert hat. Der Gemeinderat ist froh, wenn kein Kind auf einen Platz warten muss. Die Situation der Kinder, die von A nach B laufen müssen, wurde ganz genau analysiert und evaluiert. Die Anfangs- und Endzeiten des Unterrichts sind genau vorgegeben. Zudem müssen beim Mittagstisch gewisse Abläufe eingehalten werden. Wenn die Kinder den Hin- und Rückweg zu Fuss zurücklegen müssen, ein Kind Schmerzen am Fuss hat und das nächste erkältet ist, dann wird es kompliziert. Der Bus fährt nur noch diese Woche. Der zuständige Gemeinderat wird unter Diversa noch genauer darüber informieren.

ABSTIMMUNG

Abschreibung Postulat: 19 JA / 20 NEIN

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht abgeschrieben.

Traktandum 8

Nr. 39

Postulat BPK: Doppelspur Spiesshöfli – Binningen darf nicht geteilt werden!

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne erläutert, ihre Fraktion nehme den informativen Bericht zur Kenntnis und ist froh, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Übergänge geschlossen werden. Bei der Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg werden die Grünen mit Sicherheit ein Auge auf den Langsamverkehr haben. Auch bei der Ankündigung von mehr Grün im Quartier wird die Fraktion den Gemeinderat in die Pflicht nehmen. Sie stimmen der Überweisung des Postulats mit gleichzeitiger Abschreibung zu.

Ralph Büchelin, SP spricht sich namens der SP-Fraktion für die Erhaltung von bestehenden Fussgängerübergängen beim Doppelspurausbau Spiesshöfli zwischen Bottminger Mühle und Spiesshöfli aus. Es ist wichtig, dass entsprechende und sichere Übergänge vorhanden sind, um Unfälle zu verhindern und lange Umwege zu vermeiden. In diesem Sinn befürwortet die SP die Annahme des Antrags.

Andrea Alt, CVP teilt mit, die CVP werde dem Antrag des Gemeinderats folgen, das Postulat zu überweisen und als erledigt abzuschreiben. Die Fraktion ist sehr erfreut, dass sich die neu zuständige Gemeinderätin ganz im Sinn der geforderten Eckwerte der BPK und der Binninger Bevölkerung gegenüber dem Kanton und der BLT ein- und auch durchgesetzt hat.

Daniel Zimmermann, FDP kann sich dem Gesagten anschliessen. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat dafür, dass er sich im Sinn der Binner Bevölkerung einsetzt. Es ist ein grosses und bedeutendes Projekt, an welchem zusätzlich noch eine Quartierentwicklung hängt. Der Votant ist zuversichtlich, dass sich der Gemeinderat bei der angekündigten Planaufgabe nochmals kritisch gegenüber dem Kanton zu diesem Projekt stellen und prüfen wird, ob die von Gemeinderat verhandelten Forderungen auch im Sinn der Sache und der direkt betroffenen Anwohner umgesetzt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, erwartet er entsprechende Äusserungen des Gemeinderats im Rahmen der Vernehmlassung.

Urs Weber, SVP signalisiert, die SVP werde das Postulat ebenfalls an den Gemeinderat überweisen und gleichzeitig abschreiben.

Roman Oberli, SVP ist froh, dass sich der Gemeinderat – im Gegensatz zum Margarethenstich, bei welchem er am Volk vorbei politisiert hat – in diesem Geschäft für die Interessen der Binner einsetzt.

ABSTIMMUNG

Überweisung und Abschreibung: einstimmig JA

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 9

Nr. 41

Postulat K. Glaser, Grüne: Einführen einer Kunststoff / Plastiksammelstelle

Rahel Bänziger, Grüne beantragt die Verschiebung des Geschäfts auf die nächste Sitzung.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag Verschiebung des Geschäfts: grossmehrheitlich JA

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 10

Nr. 129/X und Nr. 141/X

Motion FDP: Kein Durchgangsverkehr auf der Benkenstrasse und Motion SVP: Beidseitiges Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Postulat G. Löhr, SP und B. Büschlen, Grüne: Bonus für besondere KiTa-Leistungen

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Traktandum 12

Nr. 42

Interpellation G. Löhr, SP: Café Spiegelfeld

BESCHLUSS

://: Verschoben.

Beantwortung der Anfragen**Anfrage R. Bänziger, Grüne: Was geschieht mit dem UBS-Gebäude und wie steht es um die Zukunft der Bauverwaltung?**

59

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, es gebe zwei Anfragen zum Thema Hauptstrasse 34/36, welche sie gerne gleich nacheinander beantworten würde.

- *Wurde der Gemeinde auch gekündigt, bzw. aufgefordert, ihren Anteil zu verkaufen? Was genau passiert mit der Bauverwaltung? Gibt es einen Alternativstandort?*

Die Gemeinde ist Miteigentümerin, die UBS ist Haupteigentümerin. Für die Eigentumsanteile der UBS soll eine Gesamtanierung durchgeführt werden. Das betrifft den vorderen Teil der Liegenschaft. Die Bauabteilung ist nicht Teil des Baugesuchs, welches im Juni 2017 öffentlich aufgelegt wurde und ist somit in der aktuellen Situation nicht davon tangiert.

- *Im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung Dorf wurde einmal erwähnt, dass diese entweder aus dem UBS-Gebäude ausziehen müsse, oder aber die Gemeinde müsste 2 Millionen an die kommende Sanierung beisteuern. Wie stellt sich dieser Sachverhalt heute dar?*

Der genannte Sachverhalt ist nicht gegeben.

- *Wurde seitens der Gemeinde Einsprache gegen die Kündigung (oder ev. das Bauprojekt) erhoben? Falls ja, weshalb? Wurde von Seiten der Mieter Einsprache erhoben? Haben diese Einsprachen aufschiebende Wirkung auf das Sanierungsprojekt der UBS? Wie sieht der geplante Zeitplan der Sanierung aus? Wird dieser durch die Einsprachen verzögert? Wie lange?*

Diese Fragen muss die zuständige Gemeinderätin gemeinsam beantworten. Die UBS ist Eigentümerin der vorderen Liegenschaft, die saniert werden soll. Die Themen, wie beispielsweise die Kündigungen, sind Sache der Eigentümerin. Die Gemeinde kann dazu keine Auskünfte geben. Es handelt sich um ein ganz normales Bauprojekt. Die Gemeinde ist hier in ihrer Rolle als Behörde gefordert und nimmt ihre Rolle wie bei jedem anderen Baugesuch wahr (Bearbeitung des Baugesuchs).

- Wann rechnet die Gemeinde mit der Sanierung der Bauverwaltung?

Dieses Thema wird im Rahmen der Liegenschaftsstrategie aufgenommen. Es hat keinen direkten Zusammenhang mit dem aktuellen UBS-Sanierungsprojekt.

Anfrage G. Löhr, SP: Hauptstrasse 34/36

61

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP beantwortet auch die zweite Anfrage zur Hauptstrasse 34/36.

1. Welche Sanierungs-, Umbau- oder Neubauarbeiten sind geplant?

Für das vordere Gebäude der UBS soll eine Gesamtsanierung ausgeführt werden. Diese Sanierung umfasst den Innenausbau und die Gebäudehülle resp. die Fassade.

2. Welche Rolle spielt die Gemeinde als Miteigentümerin?

Die Gemeinde als Miteigentümer ist nicht Teil des Baugesuches, welches im Juni öffentlich aufgelegt wurde. Die Gemeinde ist aktuell nicht betroffen.

3. Was geschieht mit der Bauverwaltung? Welche Pläne gibt es da?

Die Bauabteilung ist nicht Teil des Baugesuchs. Es ändert sich aktuell nichts am Standort. Zurzeit finden auch keine diesbezüglichen Planungen statt. Im Rahmen der Liegenschaftsstrategie werden allenfalls Konzepte betreffend der Zukunft der Bauabteilungen angedacht. In der aktuellen Situation und im Zusammenhang mit dem Baugesuch der UBS für den vorderen Teil ist das aber nicht der Fall.

Anfrage B. Büschlen, Grüne: Organisation Bauverwaltung

60

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP weist darauf hin, dass die aktuelle Organisation der Gemeinde Binningen keine Bauverwaltung habe. Das ist bereits 20 Jahre her. Er geht davon aus, dass sich die Fragen auf die Abteilungen Hochbau und Ortsplanung und Verkehr, Tiefbau und Umwelt beziehen. Mit den gestellten Fragen befindet man sich bereits tief in der operativen Organisation der Gemeindeverwaltung. Über Neuzugänge oder allfällige Abgänge im Gesamtteam führt der Gemeinderat in der Regel keine detaillierte Diskussion mit dem Einwohnerrat.

1. Hat es Kündigungen gegeben?
2. Wenn ja, in welchem Bereich?

Mit der GRPK wurde Anfang des Jahres die Organisation von Grossprojekten diskutiert. Der Gemeinderat hat im Rahmen dieser Diskussion aufgezeigt, dass er Grossprojekte, die in den meisten Fällen auch ressort- bzw. abteilungsübergreifend sind, mit einem Koordinator organisieren möchte. Dieser Koordinator ist in der Stabsleitung angegliedert und hat das Mandat als Projektleiter. Im Frühling hat man einen Projektleiter eingestellt. Das Arbeitsverhältnis musste im Sommer in gegenseitigem Einvernehmen wieder aufgelöst werden. Das hat jedoch nichts mit der Funktion zu tun. Es hat zwischen den beteiligten Personen einfach menschlich nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hatte.

3. Weshalb hat der Gemeinderat diese Wechsel/Kündigungen nicht kommuniziert?

In der Regel werden personelle Wechsel, die unterhalb der Stufe der Abteilungsleitenden erfolgen, nicht kommuniziert. Der Gemeindepräsident ist aber gerne bereit, punktuell weitere Informationen zu erteilen.

4. Werden die Stellen neu ausgeschrieben oder nimmt der Gemeinderat diese allfälligen Stellenwechsel nun zum Anlass endlich einen Bauverwalter oder eine Bauverwalterin einzustellen?

Selbstverständlich werden gekündigte Stellen wieder neu besetzt. Der Projektleiter wurde bisher noch nicht definitiv ersetzt. Im Augenblick wird die Gemeinde im Mandatsverhältnis unterstützt. Die Neubesetzung der Stelle ist in Bearbeitung.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP erklärt, Gaida Löhr habe noch zwei weitere Fragen zum gleichen Thema eingereicht. Die zuständige Gemeinderätin nimmt gerne Stellung dazu.

1. Welche Pläne hat der Gemeinderat mit dieser Liegenschaft?

Dies ist ein Thema, zu welchem der Gemeinderat im Rahmen der Liegenschaftsstrategie konkrete Ideen formulieren wird.

2. Wie weit ist die Umsetzung dieser Pläne bereits gediehen?

Es wurden bereits mehrere Varianten geprüft, welche dem Einwohnerrat im ersten Quartal 2018 im Rahmen der Immobilienstrategie vorgelegt werden.

3. Hat das Gerüst an der Kernmattstrasse etwas mit einem Sanierungsprojekt zu tun?

Das Gerüst dient primär dem Schutz der Passanten, da das Gebäude einsturzgefährdet ist. Gleichzeitig sichert es die vorhandene Bausubstanz. So können alle baurechtlichen Möglichkeiten für zukünftige Projekte offen gehalten werden.

4. Was hat das Gerüst etwa gekostet?

Das Gerüst hat rund 20 000 Franken gekostet. Hinzu kommt eine Miete von monatlich 1388 Franken.

Traktandum 13

Diversa

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP möchte noch über zwei Themen aus der Schulraumplanung informieren. Der Projektwettbewerb zum Neubau des Schulhauses Dorf wurde lanciert. Die Jury hat die Projekte beraten und steht kurz vor der Veröffentlichung der Ergebnisse. Am Montag, 23. Oktober 2017, um 16 Uhr wird die offizielle Preisvergabe und Eröffnung im Alters- und Pflegeheim Schlossacker stattfinden. Der Einwohnerrat wird dazu noch eingeladen. Für die Öffentlichkeit wird die Ausstellung ab dem 24. Oktober bis zum 4. November 2017 unter der Woche von 16.30 bis 18.30 Uhr und an den beiden Samstagen von 9.00 bis 12.00 Uhr geöffnet sein. Insgesamt gab es 58 Projekteingaben mit einer sehr grossen Bandbreite an Lösungsansätzen, welche juriert wurden. Die Jury kam einstimmig zum Entschluss, ein Projekt für die Weiterbearbeitung zu empfehlen. Der zuständige Gemeinderat ist gespannt, wie das Projekt vom Gemeinderat, dem Einwohnerrat und schliesslich auch von der Bevölkerung aufgenommen wird, denn schlussendlich wird es eine Volksabstimmung dazu geben.

Die zweite Information betrifft die Sanierung des Schulhauses Neusatz. Die Sanierungsarbeiten werden bis zum Ende der Herbstferien abgeschlossen. Der Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung können nach den Herbstferien endlich in die Räumlichkeiten einziehen. Auf dem Rechtsweg konnte bisher noch keine Lösung gefunden werden. Der Gemeinderat wird aber weiter dranbleiben. Die Kosten sind nicht ganz im Fahrplan. Der Einwohnerrat hat 425 000 Franken für die Sanierung gesprochen, inzwischen ist man bei rund 490 000 Franken (+16%). Der Gemeinderat wird keinen Nachtragskredit beantragt, da die Sanierung zeitnah abgeschlossen und in Betrieb genommen werden soll. Wie und wo die Kosten entstanden sind, wird in der Schlussabrechnung ausgewiesen und begründet.

Einwohnerratspräsident Pascal Treuthardt, FDP bedankt sich für die Unterstützung der Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen bei seiner ersten Sitzung. Zu Beginn der Sitzung ging die Bereinigung der Traktandenliste leider etwas unter. Dafür entschuldigt er sich.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 22.20 Uhr.

Die nächste ordentliche Sitzung findet am 6. November 2017, 19.30 Uhr, statt.